

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Dieter Sauberzweig, Berlins Kultursenator, setzt sich aus Anlaß der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich für die Verwirklichung der menschlichen Schule ein. Seite 1/2

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der SPD, würdigt den verstorbenen SPD-Politiker und Präsidenten des Deutschen Mieterbundes, Paul Nevermann. Seite 3

Heinz Pensky MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Innere Sicherheit, betont die Notwendigkeit, Kriegswaffenhändlern das Handwerk zu legen. Seite 4

Lothar Schwartz, Sprecher des SPD-Vorstandes, sieht die CDU-Spitze vor dem Kieler Parteitag noch mehr am Gängelband der CSU. Seite 5/6

Klaus-Dieter Kühbacher MdB rechnet mit dem Vorschlag der Sparer-Schutzgemeinschaft zur Rohstoffbevorzugung ab. Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

34. Jahrgang / 58

23. März 1979

Wege zur menschlichen Schule

Zur Bundeskonferenz der AfB vom 23. bis 25. März in Osnabrück

Von Dieter Sauberzweig
Amtierender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich und Senator für kulturelle Angelegenheiten von Berlin

Die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich will mit ihrer Bundeskonferenz Akzente und Anregungen für die Fortführung der Bildungsreform, insbesondere der inneren Schulreform geben. Im Vordergrund der Beratungen werden dabei stehen

- geeignete Maßnahmen zum Abbau von Auslese in der Schule und Ermöglichung von Förder- und Unterstützungsmaßnahmen als Voraussetzung für die Entwicklung einer menschlichen Schule,
- eine stärkere Verbindung von Lernen und Leben, von Schule und sozialem Umfeld, insbesondere von Schule und Arbeitswelt, in Inhalten und Formen von Ausbildung und Erziehung als wesentliche Kennzeichen von menschlicher Schule und
- die aktive Teilnahme der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer am Reformprozeß, "Bildungsreform als dialogischer Prozeß", als strategisches Prinzip für die Entwicklung einer menschlichen Schule.

Die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich wird die Ergebnisse der Konferenz zur Grundlage ihrer Willensbildungsarbeit innerhalb und außerhalb der SPD machen. Sie sieht in Inhalt und Formen einer solchen Reformdiskussion die Chance zur Verteidigung und Weiterentwicklung

von Bildungsreform.

Weiterentwicklung von Bildungsreform bedeutet für die AfB auch, das Bildungswesen vom Kindergarten bis zur Volkshochschule als eine vielfach miteinander verbundene Einheit zu begreifen und die Zusammenarbeit zwischen den Bildungsbereichen zu intensivieren.

Eine Arbeitsgemeinschaft, die die aktive Teilnahme der Betroffenen an Reformprozeß zum Prinzip erhebt, kann ihre Bundeskonferenz nicht als "geschlossene Gesellschaft" organisieren. Die AfB hat deshalb durch eine entsprechende Vorbereitung in der SPD und durch die Beteiligung möglichst vieler interessierter Bürger an der Diskussion um menschliche Schule versucht, ihre Bundeskonferenz als "Dialog" zu gestalten. Neben die übliche Antragsberatung treten andere Formen der Auseinandersetzung um menschliche Schule; in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern ist versucht worden, ein öffentliches Interesse und eine Diskussion um menschliche Schule zu erzeugen.

Im Zusammenhang mit der Konferenz werden verschiedene weitere Veranstaltungen durchgeführt:

Über 600 Kinder im Alter von 6 - 12 Jahren haben sich am Malwettbewerb "Malt Euch Eure Schule selbst" beteiligt, der mit dem Sozialdemokrat Magazin veranstaltet wurde; die Einsendungen werden in Osnabrück ausgestellt und von den Delegierten der AfB prämiert.

In Osnabrück werden mit dem Werkkreis Literatur der Arbeitswelt Lesungen an Schulen veranstaltet; die Ausstellung zum Modellversuch "Künstler und Schüler" wird gezeigt; eine "Schulfilmwoche" wird im Bürgerzentrum der Stadt, der "Lagerhalle", zu sehen sein.

Eine Schülertheatergruppe führt Szenen aus dem Grips-Stück "Das hält'ste ja im Kopf nicht aus!" auf. Die AfB sieht darin nicht ein unterhaltendes Beiprogramm, sondern zusätzliche Formen der Auseinandersetzung mit dem Thema der Konferenz.

Die AfB setzt auf ihrer Konferenz Akzente für einen neuen bildungspolitischen Dialog, der zur Fortführung von Bildungsreformen beitragen wird.

(-/23.3.1979/bgy/ca)

+ + +

Wir werden Paul Nevermann nicht vergessen

Zum Tod des ehemaligen Landesvorsitzenden der Hamburger SPD
und Bürgermeister a.D. der Freien und Hansestadt Hamburg

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dr. Paul Nevermann, Bürgermeister a.D. und ehemaliger Landesvorsitzender der Hamburger SPD, ist im Alter von 77 Jahren in der Nacht auf Donnerstag, 22. März, gestorben.

Wir verlieren in ihm einen gütigen Freund und Mitstreiter, dessen unermüdliches Wirken geprägt war von den Inhalten und Zielen sozialdemokratischer Politik. Mit Paul Nevermann bleibt untrennbar der Wiederaufbau Hamburgs nach dem 2. Weltkrieg verbunden. Mit großem Engagement bemühte er sich um die Ankurbelung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

An seinen zahlreichen politischen Ämtern - als Senator, als Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, als Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, wird deutlich, wie sehr Paul Nevermann sein ganzes Leben in den Dienst unserer Partei und ihrer Politik für die Menschen gestellt hat. Dabei hat er sozialdemokratische Grundsätze nicht nur mit Mut und unbedingter Einsatzbereitschaft verteidigt, sondern er hat sie auch vorgelebt. Als Kind des Arbeiterstandes, als zeitweilig Arbeitsloser und Verteidiger politisch Verfolgter in Prozessen der NS-Zeit hat er auch in den höchsten politischen Ämtern nie die Sprache, nie die Nöte des einfachen Bürgers verlernt. Dies gilt für seine Tätigkeit als verantwortlicher Politiker in Hamburg ebenso wie für seine Tätigkeit in der SPD und als Präsident des Deutschen Mieterbundes.

Mit Trauer und Dankbarkeit vermischen sich unsere Erinnerungen an jenen Menschen, der bei allem Ernst der politischen Probleme stets uns auch als ein heiterer Mensch mit Sinn für Humor entgegentrat.

Wir werden Paul Nevermann nicht vergessen.

(-/23.3.1979/vo-hc/ca)

Weitere Schritte gegen die unselige Gilde der Waffenhändler

Bundesverfassungsgericht weist Beschwerde gegen Kriegswaffenkontrollgesetz zurück

Von Heinz Pensky MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für innere Sicherheit

Gerhard Mertins, skandalumwitterter Inhaber der Bonner Waffenhandelsfirma Merex mit Niederlassungen in Frankreich, Griechenland sowie fünfzig weltweiten Agenturen, ist mit seiner Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gescheitert. Sein Hauptsitz soll inzwischen London sein. Mertins, dessen Firma im Zusammenhang mit Waffengeschäften des Bundesnachrichtendienstes (BND) und Vorwürfen gegen Bundestagspräsident Karl Carstens genannt worden war, hatte gegen eine Verschärfung des Kriegswaffenkontrollgesetzes Beschwerde erhoben.

Als Initiator der Mitte 1978 in Kraft getretenen Verschärfung wollte ich vor allen Dingen, daß zahlreichen Großschiebern das Handwerk gelegt wird, die ihre schmutzigen Geschäfte mit Waffen machen, die nicht auf dem Boden der Bundesrepublik lagern. Bisher konnte die Bundesregierung gegen solche Praktiken, die sie aus grundsätzlichen politischen Erwägungen ablehnt, nichts unternehmen.

Inzwischen liegen bereits erste Anzeichen dafür vor, daß deutsche Waffenhandelsunternehmen die strengen Bestimmungen des Gesetzes dadurch zu unterlaufen versuchen, daß sie über ausländische Strohmannen Scheinfirmen in Nachbarländern gründen. Sollte sich dieser Verdacht erhärten, müssen sich Bundesregierung und Bundestag weitere Schritte gegen die unselige Gilde der Waffenhändler überlegen.

(-/23.3.1979/va-he/oa)

+

+

+

CDU-Spitze muß noch kleinere Brötchen backen

Vor dem Kieler Parteitag springt die CSU mit ihrer Stiefschwester im Kommandoton um

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Im unmittelbaren Vorfeld ihres Parteitages in Kiel und nach den für die Union enttäuschenden Wahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz muß die amtierende CDU-Spitze noch kleinere Brötchen backen. Diese Prognose läßt sich durch mehrere aktuelle Vorgänge und Verlautbarungen untermauern:

- Im Kommentar des "Bayernkurier" zu den Wahlergebnissen vom letzten Sonntag wird herausgestellt, daß an den Einsatzorten des Wahlkämpfers Franz-Josef Strauß in Rheinland-Pfalz wesentlich geringere Verlustquoten für die CDU zu registrieren sind als im Landesdurchschnitt. Und in Berlin - so wird vorwurfsvoll angemerkt - habe die CDU nicht einmal die disponiblen Stimmen einsammeln können, die bei der letzten Wahl 1975 dem von Strauß protegierten Kalte-Krieger-Verein "Bund freies Deutschland" in Höhe von 3,5 Prozent zugefallen waren.
- Die Junge Union in Bayern hat durch ihren Kreisverband Fürth öffentlich die Aufforderung an den CSU-Vorsitzenden gerichtet, sich für die Kanzlerkandidatur 1980 zur Verfügung zu stellen.
- Die Wiederwahl des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl - er läuft in Kiel noch außer Konkurrenz - ist nach Äußerungen seines Generalsekretärs Dr. Heinrich Geißler keine Vorentscheidung für seinen Verbleib in der Rolle des Kanzlerkandidaten der Bonner Opposition.
- Die CSU wird über ihr taktisches Konzept für die Bundestagswahl 1980 erst nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 29. April 1979 entscheiden. "Danach werden CDU und CSU über den besten strategischen Weg zu denken und zu handeln haben - ohne Wenn und Aber, ohne Vorbehalt, ohne Tabu", heißt es im Kommandoton aus dem CSU-Hauptquartier.

Daraus ergeben sich für die Bedeutung des Kieler Parteitages und seine Auswirkungen auf die innenpolitische Landschaft unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen der CDU und ihrer Stiefschwester CSU schon jetzt folgende Schlußfolgerungen:

1. Eine noch so klare Bestätigung des CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl bringt ihn seinem Ziel einer nochmaligen Kanzlerkandidatur um keinen Zoll näher. Sie wird nichts anderes als eine Festschreibung seiner jetzigen Position und damit auch ihrer Schwächen bedeuten.
2. Die CSU hält das Druck- und Drohinstrument ihrer bundesweiten Präsenz als Vierte Partei voll intakt, um die bisherige Personalunion von CDU-Vorsitz und Kanzlerkandidatur für beide Oppositionsparteien zu trennen.
3. Der Parteitag wird den Wählern in Schleswig-Holstein keinen Aufschluß darüber geben, ob unter der CDU-Flagge nicht schon Strauß-Vasallen Stimmen einsammeln, um im Kieler Landtag einen Brückenkopf für den Expansions- und Karrieredrang des CSU-Vorsitzenden zu bilden.

Hier haben wir es mit dem Versuch eines Wählerbetruges zu tun, der in der Nachkriegsgeschichte des freien Teils von Deutschland ohne Beispiel ist.

(-/23.3.1979/vs-he/ca)

+ + +

Sehr starkes Kaliber

Zu den Ausführungen der Gemeinschaft zum Schutz der
deutschen Sparer zur Rohstoffbevorratung

Von Klaus-Dieter Kühbacher MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Der Versuch, die Untauglichkeit des Einsatzes von Devisenreserven für die Finanzierung von Rohstoffvorräten nachzuweisen, enthält einen fundamentalen Widerspruch in der Argumentation und mehrere währungspolitische Fehler. Zunächst wird behauptet, durch den Einsatz der deutschen Devisenreserven "würde die amerikanische Notenpresse beschleunigt, die Position des Dollars nach innen wie nach außen geschwächt werden". Das kann, muß aber nicht so sein. Die Entscheidung über die amerikanische Notenpresse liegt bei den Amerikanern; jedenfalls ist die Bundesrepublik nicht auf Dauer verpflichtet, amerikanische Staatspapiere in zweistelligen Milliardenbeträgen zu halten.

Angesichts der Beträge, um die es bei realistischer Betrachtungsweise für die Rohstoffbevorratung ohnehin nur gehen kann, ist die gesamte Behauptung ein etwas sehr starkes Kaliber. In totalem Gegensatz zu diesen Befürchtungen steht der Vorschlag, die deutsche Leistungsbilanzüberschüsse durch Dollarverkäufe abzubauen. Bei der Realisierung dieses Vorschlages brauchte sonst niemand mehr tätig zu werden. Das Chaos auf den Devisenmärkten wäre perfekt. Die Einschätzung, die Amerikaner würden eine Auflösung der deutschen Kredite durch eine Erhöhung ihrer Exportüberschüsse wettmachen wollen und sich dabei kräftiger Dollarabwertung bedienen, widerspricht sowohl allen praktischen Möglichkeiten, als auch den theoretischen Erkenntnissen der letzten Jahre.

Es ist längst eine Binsenweisheit, daß Wechselkursänderungen Zahlungsbilanzprobleme nicht lösen. Das zeigen das amerikanische und das englische Beispiel auf der einen und das deutsche Beispiel auf der anderen Seite mehr als deutlich. Unzutreffend sind auch die Ausführungen zu der Beeinflussung der Geldmenge in der Bundesrepublik. Die durch die Mobilisierung der Devisenreserven entstehende Kaufkraft wird im Ausland wirksam.

Kommen Teile davon in Form von Nachfrage nach deutschen Gütern zurück, so wird sie zunächst besser als jedes Konjunkturprogramm beschäftigungswirksam, weil sie sich auf viele Branchen verteilt. Die nicht gewünschte Liquiditätssteigerung könnte die Bundesbank wieder neutralisieren, wie sie es auch in anderen Fällen handhabt. Eine reine Vermutung ist der Gedanke, die Unternehmen würden ihre eigene Vorsorge in dem Maße einschränken, wie der Staat selbst Vorsorge treibt. Außerdem wäre es organisatorisch einfach, das zu verhindern.

Zwei für die Beurteilung wesentliche Tatbestände sind überhaupt nicht erwähnt oder unrichtig dargestellt: Eine entscheidende Erhöhung der Versorgungssicherheit der deutschen Volkswirtschaft durch Rohstoffberatung und die Buchverluste der deutschen Bundesbank zwischen 40 und 50 Milliarden DM seit 1970 durch die Wertberichtigung beim Dollar, bei gleichzeitig stark gestiegenen Preisen für wichtige Rohstoffe. Dieses Thema muß weiter diskutiert werden. Allerdings sind Beiträge mit derartigen Widersprüchen und logischen und währungspolitischen Fehlern wenig nützlich.

(-/23.3.1979/va-he/ca)

+ + +